

Statement Katja Dörner (MdB Bündnis 90/ Die Grünen),

Familienpolitische Sprecherin

zu den

**Zentralen Aussagen des Projekts „Zeit und Gesundheit als Faktoren
gelingenden Familienlebens“**

**anlässlich der Abschlussveranstaltung „Familie und Gesundheit“ des Bundesforums
Familie am 6. April 2011 in Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich besonders heute auf dieser Veranstaltung sprechen zu dürfen und Stellung zu den Ergebnissen des Projekts „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“ nehmen zu können.

Den bisher in der Politik leider zu wenig beachtenden 13. Kinder- und Jugendbericht mit seinen zentralen Neuerungen (bspw. Salutogenese) und Erkenntnissen (bspw. Veränderung hin zu psychischen und chronischen Erkrankungen) zum Gegenstand eines breiten zweijährigen Arbeitsprozesses zu machen, fand ich als Kinder- und Familienpolitikerin ein wichtiges Signal. Trotz wichtiger Erkenntnisse hapert es auch hier an der Umsetzung. Als in meinen Augen äußerst fruchtbar hat sich auch die konsequente Anbindung an das Fazit des 7. Familienberichts (Zeit, Geld, Infrastruktur) erwiesen.

Zum zweiten: viele notwendige Veränderungen für eine Verbesserung des Familienlebens werden nicht allein auf Bundesebene entschieden, sondern in den Ländern oder vor Ort in den Kommunen. Hier haben wir Grünen, gerade auch mit unseren Projekten, bekanntermaßen Rückenwind. Wenn ich also hier Stellung nehme zu den Vorschlägen des Bundesforums Familie, dann natürlich in dem Bewusstsein, dass die Weichen zwar vielfach in Berlin gestellt werden müssen, es aber auch vor Ort Menschen geben muss, die Ideen vorantreiben und umsetzen.

Gesundheit und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien haben gesellschaftlich hohe Priorität. Psychisches, physisches und soziales Wohlbefinden sind

wesentliche Bestandteile gelingender Bildungs- und Entwicklungsprozesse, die in und mit Familien ermöglicht werden.

Ich kann den Ideen und Vorschlägen, die das Bundesforum Familie als „Gesundheit für alle- in und mit Familien: Förderung, Hilfe und Schutz“ vorbehaltlos zustimmen.

Sie sprechen mir aus dem Herzen, wenn sie darauf verweisen, dass Gesundheit und Förderung allen Kinder und Familien gleichermaßen zusteht.

Der derzeitige Fokus (verbunden mit einem finanzielle Einsparauftrag) auf die Defizite und die besonders deprivierten Familien verstellt den Blick darauf, dass das Leben mit Kindern für jeden und jede einmal kompliziert sein kann. Belastungen in der Lebenssituation Familie treten nicht nur in Hochrisikofamilien auf - Trennung, Arbeitslosigkeit und Krankheit gehören wie die Vielfalt der Lebensentwürfe und Familienformen zu unser aller Alltag. Wir brauchen daher eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit von Förderung, Hilfe und Schutz. Anlauf- und Beratungsstellen für Kinder und Familien - heißen sie nun Eltern-Kind-Zentren, Familienkompetenzzentren oder Stadtteilcafé müssen für alle als Regelangebot leicht zugänglich und strukturell gut ausgestattet sein.

Die Vorschläge des Bundesforums greifen die Orientierung an einer salutogenetischen Perspektive für die Entwicklung von Strategien und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention auf, indem sie klarstellen, dass die richtige Frage, die wir uns stellen müssen, die ist, was Familien und Kinder gesund erhält.

Zentral ist für mich auch der Ansatz, einer ganzheitlichen und umfassenden Gesundheitsförderung, die die gesamte Gesellschaft in den Blick, aber auch in die Verantwortung nimmt. Verbunden damit muss selbstverständlich sein, dass wir Schnittstellenprobleme zwischen den Politikfeldern (Jugendhilfe, Gesundheit, Behindertenhilfe) und Professionen überwinden.

Wesentlicher Ansatz ist auch für uns Grüne, wie er auch in ihren Thesen anklingt - die gesundheitsförderliche Gestaltung im unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder und Familien. Das betrifft die gute Schule, die gesunde Kita, das gute Leben im Stadtteil, die familienförderliche Arbeitsstelle, aber auch Erholungszeiten wie Mutter-Kind-kuren und Familienfreizeiten. Den größten Handlungsbedarf sehe ich in der Tat beim guten Leben in Schule und Kita. Gerade die Rahmenbedingungen des Lernens in den Schulen müssen stressfreier und gesundheitsförderlicher gestaltet werden. Ich denke dabei an längeres gemeinsames Lernen und Entzerrung von Schulstrukturen, Schulen mit neuem Rhythmus und ganztägigen Angeboten, ausreichende Bewegungsmöglichkeiten und ausgewogene Ernährung. (Kooperation Jugendhilfe-Schule, Schulsozialarbeit)

Die Vorschläge des Bundesforums Familie bezüglich der Stärkung der Kinderrechte im Grundgesetz und zur Einführung einer Kindergrundsicherung stoßen bei uns Grünen seit Jahren auf offene Türen – schade nur, dass es hier so wenig Bewegung gibt. Kinderrechte im Grundgesetz stärker zu verankern, hat nicht nur symbolische Bedeutung, sondern materiell-rechtliche Konsequenzen, beispielsweise für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Noch nehmen wir Kinder nicht wichtig genug. Wenn wir uns gesellschaftlich dazu verpflichtet hätten, jedes Kind gut und gerecht zu behandeln, dann bräuchten wir die Diskussion um die Bildungschipkarte oder bessere Kinderregelsätze nicht führen. Denn dann wäre klar, dass wir sofort deutlich mehr Geld für Familien und eine gute Infrastruktur brauchen. Das ist mir auch bei der Kindergrundsicherung wichtig. Hier haben wir ein eigenes Grünes Konzept, das wir derzeit überarbeiten und ausdifferenzieren.

Der gesellschaftliche und auch der politische Fokus muss viel stärker darauf ausgerichtet werden, es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, zu eigenständigen, kreativen, gesunden Individuen heranzuwachsen. Jedes Kind ist wichtig und jedes Kind muss entsprechend seiner Bedürfnisse Förderung und Unterstützung bekommen. Das führt uns zu einem weiteren Diskussionsstrang – der Inklusion. Inklusive Betreuung, Erziehung und Bildung wie ich sie verstehe, geht vom Grundsatz der uneingeschränkten Teilhabe aller Kinder aus – mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund, mit und ohne familiäre Belastungssituationen, aber auch für Kinder mit besonderen Talenten. Hier müssen wir in den Köpfen, aber auch bei den Strukturen in Kitas und Schulen ansetzen. Gleichzeitig müssen wir auch darüber nachdenken, welche rechtlichen Änderungen sinnvoll sind. Beispielsweise bei der sogenannten „Großen Lösung“ und der Frage der Zugehörigkeit aller Kinder und Jugendlichen zu einem Leistungssystem (Jugendhilfe).

Wenn wir von Chancen reden, dann müssen wir auch über die bisher vertane Chance des Bundeskinderschutzgesetzes reden. Wir haben hier heute viel über notwendige Vernetzung, Kooperation und Synergien gesprochen. Uns allen ist klar, dass daran kein Weg vorbeiführt und das Kinderschutzgesetz tritt auch an mit dem Anspruch, diese deutlich zu verbessern. Deshalb ist es umso trauriger, dass genau diese Vernetzung und Überwindung von Schnittstellen nicht eingelöst wird, indem das Bundesgesundheitsministerium seinen Anteil schuldig bleibt.

Zur Verbesserung und Weiterentwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen ist es meines Erachtens besonders wichtig, Kinder und Familien selbst einzubeziehen. Insbesondere die Partizipation erscheint als zentraler Faktor in Bezug auf Ressourcenaktivierung bzw. Ressourcenförderung.

Kinder, Jugendliche und Familien sind in vielerlei Hinsicht Experten in eigener Sache. Sie brauchen und verdienen es, Ernst genommen zu werden. Kinder sind von Geburt an allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der Konsumgesellschaft, dem Einfluss der Medien, politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Konjunkturen ausgesetzt. Ihnen die Möglichkeit zur Einflussnahme darauf zu verwehren, ist ungerecht und schließt einen Großteil der Bevölkerung von der Teilhabe an unserer Gesellschaft aus.

So beschreibt der 13. Kinder- und Jugendbericht beispielsweise altersgemäße Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen als unverzichtbare Voraussetzungen für die Entstehung von Lebenskohärenz und als zentrales Element der Gesundheitsförderung. Um diese Erfahrung machen zu können, bedarf es Bedingungen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich selbst als wirkmächtig zu erfahren.

Neben direkter proaktiver Beteiligung bedarf es dazu auch eines Elements, das Beschwerden beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe ermöglicht. Die Idee einer Ombudschaft wäre hier zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Jenseits dessen muss es praktisch mehr Mitsprache und Beteiligung junger Menschen geben. Wir müssen die Ohren öffnen, für das was Kinder uns mitzuteilen haben.

Von Kindern und Jugendlichen – unter sachkundiger Hilfestellung – entworfene Lösungen für die Planung von Einrichtungen und Flächen, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen, wie z. B. Schulgebäude, Spielplätze oder Verkehrswege, werden den spezifischen Anforderungen oft besser gerecht, als Entwürfe von Spezialisten. Partizipationsangebote stärken das Selbstvertrauen, verbessern die Wohn- und Lebensqualität für alle Generationen, schaffen Identifikation mit der Lebensumwelt. Das ist die Vision, die ich habe – ein Gemeinwesen, in dem jede und jeder seinen Platz findet.

Ich nehme einen sehr innovativen Vorschlag aus der heutigen Vorstellung der Ergebnisse der Arbeit des Bundesforums mit: die Forderung nach einem nicht-perfekten Haushalt wie er von der AG Arbeitswelt formuliert wurde. Ich nehme diesen Vorschlag sofort in meine Forderungen auf. Er kostet nichts und macht das Leben leichter. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Thesen zu Gesundheit und Familie

Familienbildung und Familienförderung für alle

Wenn wir den Anspruch Ernst nehmen, dass Familienförderung und Familienbildung allen Eltern und Kinder zustehen soll, dann steht dieser Anspruch in krassem Widerspruch zur derzeit üblichen Praxis. Diese Praxis ist stark von der Haushaltslage der Länder und der Kommunen abhängig.

Nach § 16 SGB VIII "sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden". Unter dem Landesrechtsvorbehalt (KJHG § 16, Abs. 3) wird Familienbildung - wenn überhaupt nach dem KJHG - im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 74, Abs. 3) gefördert. Gleichzeitig werden Hilfen zur Erziehung (§27) nur dann gewährt, wenn erhebliche Defizite bereits da sind.

Was also tun? Eigentlich bräuchten wir einen individuellen Rechtsanspruch auf Familienbildung, sodass sichergestellt ist, dass alle Familien ein ausreichendes Angebot vorfinden. Gleichzeitig müsste und könnte Familienbildung sich stärker darauf konzentrieren, Wege zu finden, Eltern und Kinder zu erreichen, die bisher diese Angebote kaum wahrnehmen.

Präventive Gesundheitspolitik muss nachhaltig sein

Eine Politik, die erst im Nachhinein repariert und nicht zum Abbau von vermeidbaren Risiken führt, produziert Kosten in der Zukunft, erzeugt Leid und vermindert Lebensqualität. Das gilt auch für Gesundheit in und mit Familien. Es ist ungerecht und ökonomisch unsinnig viel Geld in die Reparatur zu stecken, wenn das Vorbeugen und Verhindern von Defiziten einfacher und günstiger zu haben ist.

Ziel aller Präventions- und Gesundheitsförderungsstrategien muss sein, die Entwicklung typischer zivilisationsbedingter chronischer Erkrankungen zu verhindern oder zumindest zu verzögern sowie Alltagskompetenz, Selbständigkeit und Autonomie der Menschen zu fördern und zu erhalten. Mit der Gesunderhaltung müssten wir zudem im alltäglichen Leben ansetzen. Konkret heißt das: wir brauchen ein Präventionsgesetz (das wirkt), wir brauchen mehrdimensionale und ganzheitliche Konzepte auf allen Ebenen, die im Lebensumfeld ihre Wirkung entfalten und natürlich brauchen wir deutlich mehr Ressourcen (Geld und Personal) in diesem Bereich.

Zeit und Achtsamkeit

Die Zeit rennt! Für immer mehr Menschen wird Zeit zu einem knappen Gut. Familie, Weiterbildung, Ausbildung, Karriere, Freizeit, Alltag oder auch Engagement sind immer weniger miteinander vereinbar. Andererseits leben die Menschen immer länger und immer mehr Menschen können und wollen im Alter ein aktives Leben führen. Dennoch ballen sich in der rush-hour des Lebens zunehmend die Anforderungen: Im Alter zwischen 25 und 35 Jahren soll die Karriereleiter mit Kindern auf den Schultern und einem Diplom unter dem Arm im Eiltempo erklommen werden und am besten auch noch gleich ein Haus gebaut und die Oma gepflegt werden.

Wir brauchen ein neue zeitgerechte Arbeitskultur, die die Sorge für andere und eine gleichzeitige Berufstätigkeit möglich macht, eine zeitbewusste Kommune, die mehr Zeit für den Alltag schafft, und nicht zuletzt müssen wir alle uns Zeit nehmen, ein entspannteres Bild unseres individuellen Lebens zu entwerfen. Achtsamkeit gegenüber unseren Bedürfnissen und den Bedürfnissen anderer ist dazu ein wichtiger Schlüssel. Und hier kann nur jeder selbst anfangen, unterstützt durch einen gesellschaftlichen Diskurs und Rahmenbedingungen, die das Nachdenken nicht bestrafen.

Politisch brauchen wir ein Umdenken bei den gesetzlichen Regelungen und Instrumenten, aber auch in Unternehmen selbst. Beispielsweise müssen Frei-Zeiten ermöglicht oder die Lebensarbeitszeit sinnvoll auf Lebensphasen verteilt werden können. Privat brauchen wir ein wenig mehr Zeitsouveränität für die Familien.